

Nicht mit zweierlei Mass messen!

Referendum gegen die Überwachung von Versicherten

Das Parlament hat in seiner Frühlingssession ein Gesetz angenommen, das es Sozialversicherungen erlaubt, Detektive anzustellen, um im Verdachtsfall nach Missbrauch zu fahnden. Betroffen sind alle Personen, die in der Schweiz Leistungen beziehen von IV, Ergänzungsleistungen, Krankenversicherungen, Unfallversicherungen und Arbeitslosen-

geführt. Das ist ein kostbares Erbe für alle, die heute diesen Einsatz weiterführen. Aber unser kollektives Gedächtnis trägt noch ein anderes Erbe, das ebenfalls von Generation zu Generation weitergegeben wird, in den Institutionen und in der zivilen Gesellschaft allgemein. Es ist der Verdacht, das Vorurteil und die von Unwissenheit genährte

leben, hindern sie daran, sich gleichwertig zu fühlen. Wenn die vom neuen Gesetz akzeptierten Überwachungsmethoden ohne Abstriche umgesetzt werden, können sie die unterschwellige Gewalt, die sich gegen ein Zusammenleben in Würde richtet, nur verstärken.

Das oft vertretene Argument, dass sich ehrliche Leute durch diese neue Überwachung keine Sorgen machen müssen, kann keine Beobachtungs- und Kontrollmethoden rechtfertigen, die ohne richterliche Anordnung gegen den Persönlichkeitsschutz verstossen. In allen Bereichen, sowohl im Sozialen, in der Umwelt, der Wirtschaft oder den Finanzen, müssen die Kontrollmassnahmen der betreffenden Instanzen ausnahmslos alle von denselben Richtlinien der Ethik, des Rechts, der Verantwortung und der Freiheit geleitet werden.

Das Referendum gegen eine Überwachung durch Sozialdetektive, das von einer Bürgergruppe lanciert worden ist, ruft uns auf, für einen Staat zu sorgen, der die gleiche Würde aller seiner Bürger sichert, ohne Kompromisse. Wir müssen darüber wachen, dass die Massnahmen gegen den Missbrauch der Sozialversicherungen nicht eine Gesellschaft fördern, die mit zweierlei Mass misst.

Eugen Brand

Information Vierte Welt, Juni 2018, S.4,
www.vierte-welt.ch



versicherung. Dass sich Betrüger an öffentlichen Geldern bereichern und jenen schaden, die wirklich darauf angewiesen sind, kann nicht geduldet werden. Die Frage ist, wieviel Vorsicht wir bei den Bemühungen, solchen Missbrauch zu entlarven, walten lassen.

Der Widerstand gegen das Unrecht, dem die Armen lange Zeit ausgeliefert waren, hat unser Land zu mehr sozialer Gerechtigkeit

Verachtung jenen Menschen gegenüber, deren Leben von Armut geprägt ist.

Deshalb sehen allzu viele Erwachsene und Jugendliche die Sozialhilfe weder als Recht noch als Ausdruck der Solidarität oder des politischen Willens, das Land von immer noch bestehender Armut und Ungerechtigkeit zu befreien. Beleidigende Bemerkungen, wie jene, auf Kosten der Allgemeinheit zu